

**Gemeinsame Erklärung der Außenminister
der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen**

**zum 25. Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrags
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen
über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit**



25 Jahre gute
Nachbarschaft

25 lat dobrego
sąsiedztwa

25 Jahre gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit

Deutschland und Polen sind heute, 25 Jahre nach Unterzeichnung des Vertrags über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17. Juni 1991, gute Nachbarn und enge Partner. Dieser Vertrag wurde zusammen mit dem Vertrag über die Bestätigung der bestehenden Grenze von 1990 zur Grundlage des gegenseitigen Vertrauens und der Annäherung der Bürger in unseren beiden Ländern und damit zum Fundament unserer Beziehungen in der Zukunft. Er hat den Rahmen gesetzt für einen vielfältigen Austausch auf der politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Ebene. Die Präsidenten unserer Staaten haben den 25. Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrages bei ihren wechselseitigen Besuchen am 16. und 17. Juni festlich gewürdigt. Das deutsch-polnische Forum vom 19. April in Warschau hat gezeigt, dass es eine wichtige Plattform für den Dialog in einer Zeit der großen Herausforderungen ist, mit denen Europa heute konfrontiert ist.

Die heutigen deutsch-polnischen Regierungskonsultationen sind ein Ausdruck des Willens beider Regierungen, einen intensiven partnerschaftlichen Dialog über alle bilateralen, europäischen und internationalen Fragen fortzusetzen. Die Aktivitäten der deutschen und polnischen Organisationen zur Förderung von **Kultur und Bildung** in unseren beiden Ländern wollen wir auch in Zukunft weiter voll unterstützen. Einen unschätzbaren Beitrag zur Vertiefung der deutsch-polnischen Beziehungen bringen Einrichtungen, die im Rahmen der Zivilgesellschaft tätig sind, wie das Deutsch-Polnische Jugendwerk, die Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit, das Deutsche Polen Institut, Alexander Brückner-Zentrum in Halle/Jena, die Deutsch-Polnische Wissenschaftsstiftung und die zahlreichen Deutsch-Polnischen Gesellschaften. Im Jubiläumsjahr ist dies bereits bei zahlreichen Gelegenheiten deutlich geworden. Gut entwickelt sich auch der Deutsch-Polnische Schülertag auf beiden Seiten der Grenze.

Die deutsche Minderheit in Polen und die in Deutschland ansässigen Polen und polnischstämmigen Menschen bleiben wichtige Teilnehmer des Dialogs zwischen unseren Gesellschaften. Die Regierungen beider Länder sollen danach streben, dass die beiden Personengruppen so behandelt und unterstützt werden, wie es der Vertrag vorsieht,

insbesondere im Bereich des Sprachunterrichts. Der 2010 von den Regierungen beider Länder ins Leben gerufene **Runde Tisch** zur Förderung der Belange dieser Gruppen ließ neue wertvolle Projekte einleiten, die im Geiste der Verpflichtungen aus dem Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit stehen. Wir möchten, dass die Situation der deutschen Minderheit in Polen und der in Deutschland ansässigen Polen und polnischstämmigen Menschen weiterhin das besondere Interesse beider Regierungen genießt.

Aufgrund des Vertrages wurde durch die Außenminister beider Länder der **Deutsch-Polnische Preis** als „Preis für besondere Verdienste um die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen“ gestiftet. Wir möchten die Erwartung zum Ausdruck bringen, dass das Preiskomitee in seiner künftigen Zusammensetzung bei anstehenden Verleihungen noch stärker als bisher das Engagement junger Menschen und zukunftsorientierte Initiativen berücksichtigen wird.

Wir haben vereinbart, das 25. Jubiläum des deutsch-polnischen Vertrags über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit auch dafür zu nutzen, die Herausforderungen, denen Europa gegenüber steht, gemeinsam anzugehen. Die deutsch-polnische **Reflexionsgruppe**, die zum ersten Mal am 17. Juni im Beisein beider Staatspräsidenten zusammenkam, wird den internationalen Kontext der deutsch-polnischen Beziehungen in der europäischen und globalen Dimension analysieren und gemeinsame Antworten auf die bestehenden Herausforderungen erarbeiten.

Wir haben vereinbart, beim Treffen der Außenminister am 28./29. August in Weimar und Berlin aus Anlass des 25. Jahrestags der Gründung des **Weimarer Dreiecks** dem Format einen neuen Impuls zu geben und neue und innovative Formate zu nutzen, um so gemeinsam mit unseren französischen Freunden dazu beizutragen, die Zukunft Europas mitzugestalten. Wir begrüßen die zahlreichen Ministertreffen im Format des Weimarer Dreiecks, die 2016 bereits ausgerichtet wurden.

Die **Wirtschaft** ist eine tragende Säule der Zusammenarbeit beider Länder im Binnenmarkt. Die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen haben sich in den vergangenen 25 Jahren dynamisch entwickelt. Seit Unterzeichnung des Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit hat sich das Handelsvolumen von 8 auf 96 Milliarden EUR verzehnfacht. 2016 werden wir voraussichtlich erstmals die 100 Milliarden Euro-Grenze überschreiten. Polen ist in diesen Jahren von Position 17 unter allen Handelspartnern Deutschlands weltweit auf den siebten Platz, in Europa auf den fünften Platz aufgestiegen. Der kumulierte Wert deutscher Direktinvestitionen betrug 28 Mrd. Euro und hat zur Schaffung von ca. 300.000 Arbeitsplätzen beigetragen. So steht Deutschland an der Spitze der ausländischen Investoren und Arbeitgeber in Polen. Mehr als 1.700 polnische Unternehmen sind in Deutschland registriert. Wir begrüßen Initiativen wie den Deutsch-Polnischen Wirtschaftskongress, auf dem deutsche und polnische Unternehmer am 16. Juni im Beisein der Wirtschaftsminister beider Länder zusammenkamen.

Die Zusammenarbeit in **Wissenschaft und Bildung** ist für unsere bilateralen Beziehungen besonders zukunftssträchtig. Wir begrüßen Initiativen zu gemeinsamen Universitätsfakultäten, wie aktuell zwischen der Viadrina-Universität und der Adam-Mickiewicz-Universität Posen.

Besonders wichtig ist uns auch, junge Menschen im Geschichtsunterricht für die dem Nachbarland wichtigen historischen Erfahrungen zu sensibilisieren. Schulbücher prägen und vermitteln Werte, Wissen und Kompetenzen. Wir haben heute den ersten Band des deutsch-polnischen **Schulbuchs** „Europa – Unsere Geschichte“ der Öffentlichkeit vorgestellt. An der vierbändigen Reihe, die die Geschichte Europas aus polnischen und deutschen Perspektiven behandelt, arbeiteten seit 2008 Fachwissenschaftler, Schulpraktiker und Verlage aus beiden Ländern. Wir begrüßen die Fortsetzung dieses Gemeinschaftsprojekts und die Bemühungen, ihm breiten Eingang in die Schulpraxis zu ermöglichen, damit es seine positive Wirkung voll entfalten kann.

Die **grenzüberschreitende Zusammenarbeit** trägt in besonderer Weise zur Vertiefung der Zusammenarbeit der Regionen bei, insbesondere in Bereichen wie Verkehr, Infrastruktur, Jugend, Sicherheit und Spracherwerb. Das diesjährige Treffen der deutsch-polnischen Regierungskommission für regionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit am 3. Juni in Potsdam hat deren wichtige Rolle beim Aufbau der sozialen Beziehungen auf der Ebene der lokalen Regierungen und der regionale Ebene unter Mitwirkung der Hauptstädte beider Länder unter Beweis gestellt. Wir begrüßen, dass die **Koordinatoren** der grenznahen und zwischengesellschaftlichen bzw. regionalen Zusammenarbeit ihre Zusammenarbeit nach dem Regierungswechsel in Polen aufgenommen und bei den Regierungskonsultationen heute erste Ergebnisse ihrer Zusammenarbeit präsentiert haben.

Deutschland und Polen in Europa und der Welt - Verantwortung für Sicherheit, Stabilität und Wohlstand

Europa steht heute vor der größten sicherheitspolitischen Herausforderung seit Ende des Kalten Kriegs. 25 Jahre nach den großen friedlichen politischen Umwälzungen auf unserem Kontinent sehen wir uns heute mit einer Verschlechterung der Sicherheitslage sowohl in unserer östlichen als auch südlichen Nachbarschaft konfrontiert. Mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim sowie der Destabilisierung der Ostukraine wurde die europäische Sicherheitsordnung in Frage gestellt. Die **NATO** hat geschlossen und entschlossen darauf reagiert: Deutschland und Polen haben die Anpassung der Allianz entscheidend und gemeinsam mitgeprägt. Dies reicht von der Aufwertung des Multinationalen Korps Hauptquartiers Nordost in Stettin (das Deutschland und Polen gemeinsam mit Dänemark führen) zum regionalen Hauptquartier hoher Bereitschaft mit einem spezifischen Profil im Bereich der Bündnisverteidigung, über verstärkte Übungen in Nordosteuropa bis zur Übernahme der Funktion einer Rahmennation für die neue, besonders Schnelle Einsatztruppe, Very High Readiness Joint Task Force (VJFT): Deutschland führt diese 2019 an, Polen im Jahr darauf. Vom NATO-Gipfel in Warschau nächsten Monat wird die Botschaft der Entschlossenheit und Geschlossenheit, aber auch der Dialogbereitschaft ausgehen. Wir werden uns für eine glaubhafte Verteidigung mit einer verstärkten militärischen Vorpräsenz sowie für einen konstruktiven Dialog mit Russland innerhalb der für die Sicherheit auf unserem Kontinent verantwortlichen Organisation einsetzen, einschließlich im NATO-Russland-Rat. Deutschland und Polen unterstützen auch den 360-Grad-Ansatz der NATO und die bedarfsorientierte Ertüchtigung von Partnerstaaten, damit sie selbst besser für ihre Sicherheit sorgen können.

Die Vision gemeinsamer Sicherheit im gesamten **OSZE**-Raum, die die OSZE-Staaten in der OSZE-Gipfelerklärung von Astana 2010 erneut bestätigt haben, bleibt unser gemeinsames Ziel. Die Herausforderungen für die gemeinsame Sicherheit liegen im Bereich aller drei Dimensionen der OSZE. Antworten müssen daher auch in allen Facetten umfassender Sicherheit gefunden werden. Wir sind uns einig, dass die gemeinsam vereinbarten Prinzipien und Verpflichtungen, auf denen die Organisation beruht, erhalten werden müssen. Gemeinsam suchen wir nach Wegen, um Vertrauen in Europa, einschließlich der vollständigen Umsetzung und Erweiterung der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen wiederherzustellen. Auf diese Weise wollen wir zu wachsendem Vertrauen und Sicherheit, Entwicklung des Dialogs und zu Berechenbarkeit beitragen. Die OSZE ist hier das am besten geeignete Forum, das die verschiedenen Dimensionen von Sicherheit mit einer reichen Erfahrung und Instrumenten vereinigt und beinahe alle Mitglieder des euro-atlantischen Raums umfasst. Die Übereinstimmung der Stellungnahmen von Polen und Deutschland in diesem Bereich wurde erneut beim Treffen der Außenminister unserer Staaten mit dem Direktor Michael G. Link und Mitarbeitern des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE in Warschau (ODIHR) am 19. April 2016 anlässlich des diesjährigen 25. Jahrestages des Büros - der größten unabhängigen Institution der OSZE - bestätigt. Wir schätzen die Rolle von ODIHR bei der Förderung von Demokratie, Rechtstaatlichkeit, Menschenrechten und Nichtdiskriminierung, insbesondere die durch das Büro organisierten Wahlbeobachtungen. Wir sehen auch die große Bedeutung des jedes Jahr in Warschau organisierten Sitzung zur menschlichen Dimension (HDIM) - der größten Konferenz in der Region für Demokratie und Menschenrechte.

Die Europäische Union ist heute mit einer Reihe nie dagewesener Herausforderungen für ihre Sicherheit konfrontiert. Wir sind uns einig, dass ein gemeinsames entschlossenes Engagement der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten in der östlichen und südlichen Dimension der Nachbarschaft notwendig ist, um diesen Herausforderungen erfolgreich zu begegnen. Das Ausmaß der Herausforderungen, mit denen wir uns messen müssen, erfordert ein gemeinsames Vorgehen mit anderen Akteuren. Wir halten die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und NATO, aber auch mit den Vereinten Nationen, OSZE, Europarat, der Afrikanischen Union, sowie mit Drittstaaten, insbesondere auch aus der östlichen und südlichen Nachbarschaft der EU, für einen zentralen Bestandteil des umfassenden und vernetzten EU-Engagements für eine sicherere und stabile Nachbarschaft. Polen und Deutschland werden Maßnahmen durch die Anwendung der umfassenden Palette von der Europäischen Union zur Verfügung stehenden Instrumenten und die Zusammenarbeit mit Partnern ergreifen, damit Europa den Herausforderungen der Sicherheit aus dem Osten und Süden effektiv begegnen kann.

Wir bekräftigen unser Engagement für eine Stärkung und Vertiefung der **Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik** der EU (GSVP), im Einklang mit den gemeinsamen Beschlüssen des Europäischen Rates vom Dezember 2013 und des Europäischen Rates vom Juni 2015 sowie dem gemeinsamen Schreiben der Außen- und Verteidigungsminister Deutschlands, Frankreichs und Polens an die Hohe Vertreterin vom 30. März 2015. Wir setzen uns weiter dafür ein, die GSVP wirksamer, besser wahrnehmbar und stärker

ergebnisorientiert zu gestalten und dazu sowohl die zivilen als auch die militärischen Fähigkeiten weiterzuentwickeln.

Terrorismus und die Destabilisierung der Nachbarschaft stellen Europa vor enorme Herausforderungen bei der Beseitigung ihrer Ursachen und der Erreichung von Stabilität und nachhaltiger Entwicklung. Polen und Deutschland werden dazu sowohl durch die aktive Teilnahme an der globalen Koalition zum Kampf gegen Daesh sowie Projekte der humanitären Hilfe und Entwicklung beitragen. Besondere Sorge schenken wir unseren südlichen Nachbarn. So lange dort Krieg und Gewalt herrschen, werden sie eine Quelle unregelmäßiger Migration und des damit verbundenen menschlichen Leids sein. Wir werden weiterhin dafür arbeiten, den Bürgerkrieg in Syrien zu beenden und die Lage in Libyen zu stabilisieren, um dem Leiden der Zivilbevölkerung ein Ende zu setzen. Für zweckmäßig halten wir auch die Fortsetzung der im letzten Sommer initiierten bilateralen Konsultationen zur aktuellen Situation in Nordafrika und dem Nahen Osten.

Die **Flüchtlingskrise** ist für Europa weiterhin eine der wichtigsten Herausforderungen. Wir sind uns einig, dass Europa sich in dieser entscheidenden Frage nicht auseinander dividieren lassen darf. Wir halten die Einigung mit der Türkei und die Arbeiten am Aufbau eines gemeinsamen Grenz- und Küstenschutzes für wichtige Schritte. Ebenso wichtig ist es, die Außendimension der Migrationspolitik zu stärken. In Anbetracht dessen, dass die wirklichen Ursachen der Migration außerhalb der EU liegen, begrüßen wir grundsätzlich die entsprechenden Vorschläge der Kommission für die Schaffung eines neuen Rechtsrahmens für die Partnerschaft mit Drittländern im Rahmen des Europäischen Programms für Migration vom 7. Juni 2016. Wir werden nach besten Kräften unseren Beitrag zur Umsetzung leisten.

Ein wichtiges Element der deutsch-polnischen Beziehungen bleibt die **Gestaltung einer aktiven europäischen Ostpolitik**. Polen und Deutschland setzen sich für die Fortsetzung des intensiven Dialogs mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft ein. Unser Ziel ist es, die Instrumente der Zusammenarbeit im Bereich der östlichen Nachbarschaft weiterzuentwickeln, sowohl in Bezug auf die mit der Europäischen Union assoziierten Länder - Georgien, Republik Moldau und Ukraine, als auch die Länder, die nach einem anderen Weg für die Intensivierung der Zusammenarbeit mit der EU suchen - Armenien, Aserbaidschan und Belarus. Eine gemeinsame Priorität für Polen und Deutschland ist in dieser Hinsicht, die Stabilität, Sicherheit und Prosperität in Europa zu gewährleisten und günstige Bedingungen für die Entwicklung einer umfassenden Zusammenarbeit mit unseren östlichen Partnern zu schaffen. Diese umfasst nicht nur Wirtschafts- und Investitionszusammenarbeit, sondern auch u.a. die Bereiche Energie, Umweltschutz, Jugend, Bildung und Forschung sowie die Erleichterung zwischenmenschlicher Kontakte.

Polen und Deutschland sind sich einig, dass die **Geschlossenheit der Europäischen Union** insbesondere für die Beilegung des Konflikts in der Ostukraine von entscheidender Bedeutung ist. Eine dauerhafte Lösung muss auf der vollständigen Umsetzung der Verpflichtungen aus den Vereinbarungen aus Minsk, der Beachtung des Völkerrechts und dem Respekt für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine basieren. Bei der Suche nach Möglichkeiten, einen pragmatischen Dialog mit der russischen Seite zu führen, setzen wir uns gleichermaßen für die Achtung der territorialen Integrität Georgiens und der

Republik Moldau ein. In diesem Zusammenhang werden Polen und Deutschland gemeinsame Anstrengungen unternehmen, um konstruktive Beziehungen mit Russland zu entwickeln, das wir als einen wichtigen Teilnehmer der internationalen Beziehungen betrachten.

Wir sind uns einig, dass der **Klimawandel** eine globale Bedrohung für Sicherheit und Wohlstand darstellt und daher auch die Außenpolitik zu seiner Bekämpfung beitragen muss und kann. Wir werden uns an der Umsetzung der Maßnahmen für die Klima- und Energiediplomatie 2016 aktiv beteiligen und uns innerhalb der EU für eine vollständige Umsetzung des Konzepts der Energieunion unter Berücksichtigung sämtlicher fünf Säulen einsetzen. Wir sind uns einig, dass die EU nach Diversifizierung der Quellen, Routen und Anbieter von Energie als vorrangiges Ziel der Energieunion streben sollte. Wir streben nach einer zügigen Ratifizierung des Übereinkommens von Paris, sowohl national als auch auf Ebene der EU. Auch gegenüber unseren Amtskollegen und Amtskolleginnen in anderen Staaten wollen wir dafür werben, dass die nationalen Beiträge zu dem Übereinkommen zeitnah und ambitioniert umgesetzt werden. Denn wir wissen, dass die Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad begrenzt werden muss, damit ihre außenpolitischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Folgen für die Menschheit kalkulierbar bleiben.

Wir sind uns einig, dass die EU ihre Anstrengungen auf Maßnahmen konzentrieren sollte, die Vorteile für Bürger und Unternehmen in allen EU-Mitgliedstaaten bringen. Deshalb werden wir die Umsetzung der Pro-Wachstum-Agenda und Initiativen zur Vertiefung des Binnenmarkts, einschließlich der Umsetzung der Grundfreiheiten und der Beseitigung von Hindernissen unterstützen, die die Vorteile des Binnenmarktes begrenzen. Wir werden auch für die Förderung der innovativen EU-Wirtschaft zusammenarbeiten, insbesondere im Rahmen von Initiativen, die dem den Aufbau eines Einheitlichen Digitalen Binnenmarkts dienen.

Wir bringen unsere Überzeugung zum Ausdruck, dass der jetzt gefeierte 25. Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrags über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit für polnisch-deutsche Beziehungen eine Quelle neuer zukunftsorientierter Impulse und Inspiration sein wird und zur Stärkung unserer Partnerschaft beitragen wird.